

**Energie muss bezahlbar sein – RWE & Co. enteignen!**

## Hungern oder frieren?

## Energiepreisstopp jetzt!

Die Energie- und Lebensmittelpreise explodieren. Das macht vor allem Familien mit geringen Löhnen oder mit dem Bezug von Sozialleistungen zu schaffen. Für viele von ihnen stellt sich in diesem Winter die Frage, ob sie hungern oder frieren müssen, ob sie einkaufen oder heizen können. Aber auch Normalverdiener bekommen zunehmend Probleme.

Die Energiepreise haben in den vergangenen Monaten die Inflationsrate in Deutschland nach oben getrieben. Egal ob Strom, Gas, Diesel oder Benzin, lange gab es nicht mehr derartige Preissteigerungen für Energie.

Diese Preissteigerungen treffen einen

Großteil der Werktätigen in der seit mehr als zwei Jahren andauernden und durch die Pandemie verstärkten Wirtschaftskrise. Daran ändern auch die in den Medien gebetsmühlenartig wiederholten Berichte einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung nichts. Beschäftigte, die schon vor der Krise niedrige Einkommen hatten, erleiden stärkere Einbußen als jene mit höheren Haushaltseinkommen. Besonders betroffen sind Alleinerziehende, Alte, Jugendliche und Menschen mit Migrationshintergrund. Je geringer das Einkommen, desto größer waren und sind die Verluste.

Die Energieversorgung gehört zur öf-

fentlichen Daseinsvorsorge. Energie muss bezahlbar bleiben. Deshalb fordert die DKP:

**\*einen gesetzlichen Preisstopp für jede Form von Energie für private Haushalte und kleine Unternehmen. Das umfasst Strom-, Gas-, Öl- und Benzinpreise.**

**\*Strom- und Gassperren müssen verboten werden und Haushalte mit Bezug von Sozialleistungen einen Energiezuschlag erhalten.**

**\*Die Energieversorgung gehört in öffentliche Hand - RWE und Co. enteignen!** (uz/he)

## Die neue Bundesregierung: "Mehr Fortschritt wagen"?

Von Udo Stunz

Wenn ein Sozialdemokrat Kanzler mimt und die Grünen mit in der Regierung sind, wird es besonders gefährlich. Das Gespann Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) hat mit den Hartz-IV-Gesetzen eines der größten sozialpolitischen Verbrechen der BRD verübt. Der Krieg gegen Serbien wurde mit dem Motto "Nie wieder Auschwitz" (Fischer) und mit der "Hufeisenplan"-Lüge des Kriegsministers Scharping (SPD) begründet.

Die neue Regierung will weder Frieden noch Abrüstung, sondern Einkreisung Russlands und Chinas und "nukleare Teilhabe". Sie will keine Völkerverstän-

digung, sondern "mit Härte" den Konkurrenten des deutschen Kapitals begegnen.

Diese Regierung lässt den Kapitalisten weiterhin freie Hand beim Raubbau an den natürlichen Ressourcen und den Menschen. Das ist "Klimaschutz" mit grünem Anstrich.

Diese Regierung wird wie ihre Vorgängerin kein schlüssiges Konzept zur Eindämmung der Pandemie umsetzen. Nicht mit einem Gesundheitsminister, der meint, dass die Hälfte der deutschen Krankenhäuser geschlossen werden könne.

Diese Regierung wird die Umvertei-

lung von unten nach oben nicht aufhalten und Sozialabbau und Privatisierung öffentlicher Güter fortsetzen.

Diese Regierung wird den reaktionären Staatsumbau fortsetzen mit Überwachung, Aufhebung der Grenze zwischen Polizei und Geheimdiensten, Repression gegen fortschrittliche Bewegungen und Vertuschung und Anstiftung von rechtem Terror.

Diese Regierung wird die neoliberale Politik ihrer Vorgänger zugunsten des großen Kapitals fortsetzen. Das heißt im verlogenen Neusprech der Werbeagenturen: "Mehr Fortschritt wagen". Dagegen müssen wir uns wehren!

## Blick in das neue (Grusel)Kabinett





## Auf ein Wort ... Der Oberbürgermeister und die Demenz

Petra Krug von der Gruppe  
West der DKP Dortmund

**D**ortmund auf dem Weg zum Kopenhagen Westfalens“, so tönte es laut aus dem Rathaus bei der OB-Neuwahl im vergangenen Jahr. Eine „Fahrradstadt“ soll aus Dortmund werden, die mit Kopenhagen vergleichbar ist.

Davon weiß Herr Westphal nach der Wahl zum neuen OB nichts mehr. Ein bei Politikern bekanntes Phänomen. Medizinisch erfasst unter der Bezeichnung „Post Electio Demenz“ (PED).

Jetzt ist Kommerz angesagt. Der Verbindungsweg, der vom Max-Ophuels-Platz zwischen den Hallen 3+4 der Westfalenhallen zur Strobellallee führt und für die ca. 55 000 Bewohner der westlichen Innenstadt (Kreuzviertel/Klinikviertel/Unionviertel) von hervorragender Bedeutung ist, soll dem Profit der stadteigenen Westfalenhalle geopfert und kurzerhand für den Rad- und Fußgängerverkehr gesperrt werden.

Das kommt allerdings beim gemeinen Wahlvolk, das leider nicht unter PED leidet, nicht besonders gut an. Großer Widerstand macht sich breit. Deshalb muss ein neues Geschütz her: Ein „Gutachten“ wird aus dem Hut gezaubert, das an-

geblich eine erhebliche Gefährdung durch Fußgänger und Radfahrer bei der Benutzung der Strecke feststellt und eine Sperrung verlangt. Sehen, lesen oder anfassen kann man es nicht. Es ist nämlich so geheim, dass es der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt werden kann/darf. Nicht einmal den Ratsmitgliedern, die über die Sperrung zu entscheiden haben. Eine Posse aus der Türkei unter Erdogan? Nein! Realität in Dortmund unter Westphal.

Mittlerweile ist es jedoch gelungen, Einsicht in das „Geheimgutachten“ zu bekommen. Die Überraschung ist groß: Verfasser ist die DEKRA Automobil GmbH aus Dortmund. Bereits von Namen her nicht besonders geeignet, in dem Konflikt ein seriöses, unparteiliches Gutachten zu erstellen, zumal Auftraggeber die eigentlich Begünstigte, die Westfalenhalle ist. Bezeichnend ist auch die Wortwahl in dem Schriftstück: Als die eigentlichen Störenfriede werden (wörtlich) „rücksichtslose und unbelehrbare Fußgänger und Radfahrer“ ausgemacht.

Dass so was kein Gutachten ist, erkannten dessen Verfasser selbst. Entgegen den Verlautbarungen der Stadt („DEKRA-Gutachten“), betitelt die DEKRA selbst ihr Machwerk nur als „Stellungnahme“. Eine Stellungnahme gibt die subjektive Ansicht des Verfassers wieder und ist juristisch und tatsächlich kein Gutachten. Der Rat und die Öffentlichkeit wurden somit von der Stadt über den Charakter getäuscht. Jetzt ahnt man, warum das „Gutachten“ so geheim bleiben musste. Natürlich bestreitet der OB, dass er es jemals gesehen, geschweige denn gelesen hat. Es war ja geheim. Und wenn doch, dann kann er sich daran jedenfalls nicht mehr erinnern (eben PDE - siehe oben).

## Reaktionäres Versammlungsgesetz NRW vom Landtag beschlossen

Von Udo Stunz

**M**it den Stimmen der Regierungsfractionen von CDU und FDP hat der NRW-Landtag im Dezember 2021 das umstrittene Versammlungsgesetz beschlossen. SPD und Grüne stimmten dagegen.

Trotz der von Innenminister Reul (CDU) angekündigten Korrekturen sind diese nach Auffassung des Bündnisses "Versammlungsgesetz NRW stoppen" lediglich Kosmetik. Das Bündnis hat angekündigt, eine Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zu prüfen, weil vieles im Gesetz der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts widerspreche.

Neben weiteren Aktionen will das Bündnis das Gesetz im anstehenden Landtagswahlkampf zum ständigen Thema machen. Die Landtagswahlen am 15. Mai 2022 könnten dem Gesetz schnell ein Ende bereiten. Meinungsumfragen zufolge werden CDU und FDP ihre Mehrheit im Landtag nicht verteidigen können. Deshalb könnte sich als Vorteil erweisen, dass SPD und Grüne gegen

das Gesetz votiert hatten.

Wäre diese Ablehnung ehrlich gemeint, müsste eine künftig mögliche rot-grüne Landesregierung das repressive Gesetz schnell kassieren. Aber darauf sollten sich die Gegner des Gesetzes nicht verlassen. „Denn auch wenn die Grünen und die SPD sich in NRW in der Opposition befinden, haben sie das Gesetz und die Krisenabwälzungen mitverantworten. Sie waren und sind es, die in anderen Bundesländern die Polizeigesetze eingebracht haben und nun auf Bundesebene den Demokratieabbau vorantreiben“, stellt die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) in einer Pressemitteilung fest.

„Das Versammlungsgesetz ist der nächste Schritt im Rahmen des reaktionären Staatsumbaus und damit ein

Warnzeichen für uns. Auch wenn das Gesetz nun beschlossen wurde, werden wir die bestehenden Zustände nicht schweigend hinnehmen“, so die SDAJ.



# Willi Hoffmeister

1933 - 2021



**Unser Freund, Vorbild, Mentor und Motor ist im August letzten Jahres gestorben.**

**Sein unermüdlicher Einsatz - für den er nur wenige Tage vor seinem Tod das Bundesverdienstkreuz erhielt - galt einer Welt, in deren Mittelpunkt nicht kapitalistischer Profit, sondern der Mensch steht, einer Welt des Friedens, frei von Rassismus, Ausgrenzung und Armut.**

**Wir - Willis Mitstreiterinnen und Mitstreiter - müssen sein Werk nun ohne ihn fortsetzen.**

Der 1933 geborene Willi Hoffmeister wurde während seiner Kindheit von den Verbrechen der Nazibarbarei geprägt. Für ihn gehörten die Kämpfe für Frieden und Antifaschismus untrennbar zusammen. Noch bis kurz vor seinem Tod wirkte er als aktives Mitglied unserer Partei, nahm an Demonstrationen und Mahnwachen teil, engagierte sich gegen die in Büchel stationierten US-Atomwaffen, kämpfte gegen die Nazizene in Dortmund, gegen Aufrüstung und Krieg und engagierte sich für Frieden mit Russland.

Vor allem der Ostermarsch Rhein-Ruhr lag dem kommunistischen Friedenskämpfer sehr am Herzen. 1961 fand der erste Ostermarsch Ruhr von Duisburg nach Dortmund statt. Willi war dabei, ab 1971 dann auch als einer der maßgeblichen Organisatoren.

In der IG Metall war er aktiv, im Bündnis Dortmund gegen Rechts und auch bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/BdA).

Willi war ein Mensch und Genosse, der nicht nur bei Linken aller Couleur ein hohes Ansehen besass. Das zeigte zuletzt die lange Liste der Gratulantinnen und Gratulanten anlässlich der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes. Sie reichte von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Aktivistinnen und Aktivisten aus Antifa-Gruppen und Initiativen der Friedensbewegung bis hin zu politischen

Repräsentanten aus dem bürgerlichen Milieu. Auch Klima- und Umweltschützer schätzten ihn, warb er doch dafür, den Kampf für die notwendigen Veränderungen in der Umwelt- und Klimapolitik mit der sozialen Frage zu verknüpfen.

Ihnen allen, uns allen, wird Willi nun als Freund, Ratgeber, Genosse mit Herz und als Kämpfer der leisen Töne schmerzlich fehlen.

Er war Einer, der zusammenführen und nicht spalten wollte. Er war wie kaum ein Anderer von einer bemerkenswerten Geduld, Nachsichtigkeit, Güte und Freundlichkeit. Die Lücke, die er hinterlässt, wird nur schwer zu schließen sein.



**Willi Hoffmeister bei einem Ostermarsch Anfang der 1980-Jahre.**

## KURZ & BÜNDIG

**In diesem Jahr wieder ein UZ-Pressesfest**

Das nächste Pressesfest der DKP-Zeitung *„unsere zeit“* - es ist inzwischen das Einundzwanzigste - kann nun hoffentlich, nachdem es Coronabedingt zweimal abgesagt musste, in diesem Jahr wieder stattfinden. Und zwar vom 26. bis 28. August in Dortmund im Revierpark Wischlingen. Das UZ-Pressesfest gilt als das größte Volksfest der Linken in Deutschland. Es versteht sich als Fest des Friedens und der Solidarität. Zuletzt fand es Anfang September 2018 ebenfalls im Revierpark Wischlingen statt. Damals wurde es von über 10 000 Menschen besucht.

**Tarifvertrag für ServiceDo?**

Der Dortmunder Stadtrat hat auf seiner letzten Sitzung am 18.11. 2021 mit der Mehrheit von SPD, Grünen und LINKE+ beschlossen, dass „die Verwaltung „gebeten“ wird, „Einfluss auf die Leitung des städtischen Klinikums zu nehmen“, sie möge den tariflosen Zustand bei dem Tochterunternehmen ServiceDo beenden. ServiceDo ist der letzte kommunale Betrieb in Dortmund ohne Tarif. CDU, FDP und AfD stimmten dagegen. Ursprünglich geht der Ratsbeschluss auf einen Antrag der Fraktion DIE LINKE+ zurück. Darin hieß es eigentlich: „der Rat fordert die Leitung des Klinikums Dortmund auf, in den aktuellen Tarifverhandlungen den tariflosen Zustand der ServiceDo zu beenden“. Diese Formulierung ging der SPD jedoch bereits zu weit und sie setzte die oben zitierte weichgespülte Version durch. „Eine devote Haltung“, nannte das der Fraktionsvorsitzende von DIE-LINKE+ Utz Kowalewski. Das oberste Entscheidungsorgan der Stadt sei der Rat, und nicht die Verwaltung mit dem Oberbürgermeister und schon gar nicht die Geschäftsführung eines kommunalen Unternehmens. Trotzdem haben er und seine Fraktion die entschärfte SPD-Version dann mitgetragen.

**Strasse oder Platz soll nach Willi Hoffmeister benannt werden**

Im Dortmunder Stadtrat gibt es Bestrebungen, eine Straße oder einen Platz nach Willi Hoffmeister zu benennen. Als eine Option wird das Gelände der ehemaligen Westfalenhütte in Betracht gezogen. Auf der Westfalenhütte war Willi viele Jahre als Stahlwerker und Betriebsrat tätig.

# Westphal im Jahresrückblick

Von Theo Fabricius

Mit seiner Amtskette um den Hals sieht er aus wie ein preisgekröntes Rindvieh. Und wie ein Rindvieh trampelt er herum und steht auch schon einmal knietief in der Kacke.

Hatte es ihm nicht gelangt, dass er auffiel, als er seinem Kumpel Sierau, ohne den Rat zu informieren, den RWE-Aufsichtsratsposten überließ, ein Posten, der dem amtierenden Dortmunder OB zusteht und dessen Einkünfte der Stadtkasse gehören sollen? Der Nichtmehrbürgermeister Sierau kann mit dem Geld nach Hause gehen.

Nein. Westphal bewies gleich nochmal sein Verständnis von Demokratie: Mit der Drucksache 22957-21 versuchte er in aller Eile sein persönliches Wahlkampfprogramm zum offiziellen „Leitbild für die Stadt Dortmund“ auszurufen. Doch die Gestaltung und Ausrufung des Leitbildes der Stadt ist ausschließlich Sache des Rates. Das fiel auf. Er musste zurückrudern. Seine „Ehre“ versuchte er mit dem billigen Vorwurf zu retten, sein Wahlsieg werde ihm geneidet.

Achten wir darauf, dass dieser Westentaschenmachivelli seinen wurzelfaulen „Dortmundgeruch“ nicht zum Sprichwort macht wie die „Münchener Amigowirtschaft“.

## Der Mindestlohn sinkt

Der gesetzliche Mindestlohn steigt zum 1. Januar 2022 auf 9,82 Euro je Stunde. Mitte des kommenden Jahres, zum 1. Juli 2022, erfolgt eine weitere Erhöhung auf dann 10,45 Euro. Um den Verlust durch die realen Preissteigerungen der vergangenen Monate auszugleichen, müsste der Mindestlohn jedoch schneller und deutlich stärker angehoben werden. Gerade Haushalte mit niedrigen Einkommen haben durch die Entwicklung der Energie- und Lebensmittelpreise höhere Kosten, die über der Inflationsrate liegen. Dazu sagte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell: „Die Koalition muss die 12 Euro zügig in 2022 auf den Weg bringen, denn im üblichen Verfahren der Mindestlohnkommission würden wir erst zum Ende des Jahrzehnts auf diesen Betrag kommen.“ (uz/he)

### Ja, ich will ...

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
- Kontakt zu einer Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied werden

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

E-Mail .....

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an DKP Dortmund, Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund; oder E-Mail an [info@dkp.dortmund.de](mailto:info@dkp.dortmund.de)

## Krankenhausschließungen gehen weiter

Das Bündnis „Gemeingut in BürgerInnenhand (GIB)“ arbeitet an einer bundesweiten Kampagne gegen Klinikschließungen.

Nach Auffassung einer Bertelsmann-Studie von 2019 seien bis zu 700 von insgesamt 1.900 Kliniken entbehrlich. Diese Auffassung machte sich auch der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) zu eigen. Der GBA ist das Beschlussgremium der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Akut bedroht sind jetzt 34 Kliniken, für deren Schließung eigens Fördermittel bewilligt wurden.

Die Schließungen gehen weiter, obwohl in der Corona-Pandemie deutlich wurde, dass es notwendig ist, Kapazitäten an Betten und Klinikpersonal vorzuhalten, um die Versorgung auch in Notlagen absichern zu können.

In der Pandemie ist die Verteilung der Corona-Kranken sehr ungleichmäßig: Manche Kliniken wurden zu Schwerpunkt-kliniken, andere hatten dagegen erhebliche Leerstände. Von den staatlichen Ausgleichszahlungen profitierten vor allem die Häuser, die nur wenige Covid-Patienten und gleichzeitig eine relativ hohe Auslastung mit „normalen“ Patienten hatten. Viele Kliniken haben Verluste gemacht, auch angesichts geringerer Ausgleichszahlungen für 2021. Es entspricht der kapitalistischen Logik, dass nun die Tendenz zur Konzentration angeheizt wird.



Diese widerspricht zutiefst der gesellschaftlichen Notwendigkeit einer wohnornahen, bedarfsgerechten medizinischen Versorgung für alle Teile der Bevölkerung. Deshalb sagt die DKP: Gesundheit als Ware - Das ist doch krank! (uz/he)

## TERMINE der DKP-Gruppen

- > Jeden letzten Donnerstag im Monat (i.d. Regel) findet um 19 Uhr im Z\*\* eine **Diskussionsveranstaltung** der DKP Dortmund zu einem aktuellen Thema statt.
- > Jeden 4. Dienstag im Monat um 18 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Ost** im Haus Gobbrecht.
- > Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe West\***
- > Jeden 4. Montag im Monat um 19 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Süd.\***
- > Jeden 1. und 3. Montag im Monat um 19.30 Uhr trifft sich die **DKP-Stadtteilgruppe Nord** im Z\*\*.

\* Die Versammlungsorte der Stadtteilgruppen Süd und West sind zu erfragen unter: > [info\[at\]dkp-dortmund.de](mailto:info[at]dkp-dortmund.de)

\*\* Z = Zentrum für Kultur und Politik, Oesterholzstr. 27 (Nähe Borsigplatz)

## Impressum & Kontakt

Heisse Eisen c/o Deutsche Kommunistische Partei

Oesterholzstr. 27, 44145 Dortmund  
Tel. 28 21 77 97

[info@dkp.dortmund.de](mailto:info@dkp.dortmund.de)  
[www.dkp-dortmund.de](http://www.dkp-dortmund.de)

Redaktionschluss dieser Ausgabe: 13.01.2022

V.i.S.d.P.: Doris Borowski

